

heute für morgen - Nachhaltig grün!

B15-56

Inhalt

Nachhaltigkeit ist Grün! <i>von Winfried Hermann MdB</i>	2
Energie – Auf dem Weg ins solare Zeitalter <i>von Michaela Hustedt MdB</i>	4
Gesundheit – Vorbeugen ist besser als Heilen <i>von Birgitt Bender MdB</i>	5
Staatsfinanzen – Sparen und ökologisch gestalten <i>von Dr. Reinhard Loske MdB</i>	5
Sozialsysteme – Zukunftsfähige Krankenversicherung <i>von Dr. Thea Dückert MdB</i>	6
Mobilität – Umsteigen in die Nachhaltigkeit <i>von Albert Schmidt MdB</i>	7
Landwirtschaft – Klasse statt Masse, Vielfalt statt Einfach <i>von Cornelia Behm MdB</i>	8
Forschung und Innovationen – Zukunft per se <i>von Hans-Josef Fell MdB</i>	8
Verbraucher – „Shopping for a better world“ <i>von Ulrike Höfken MdB</i>	9
Kinder – Sie sind unsere Zukunft <i>von Ekin Deligöz MdB</i>	10
Partizipation – Politik braucht Beteiligung <i>von Dr. Ludger Volmer MdB</i>	10
Nachhaltig in Europa <i>von Nika Greger und Tile von Damm</i>	11
Noch Fragen?	12

Nachhaltigkeit ist Grün!

von Winfried Hermann MdB, Mitglied im Beirat für Nachhaltigkeit

Nicht zufällig wird in unserer Zeit Nachhaltigkeit zu einer zentralen Anforderung an die Politik. Mit den Stichworten „drohende Klimakatastrophe“, „demografischer Wandel“ und „Globalisierung“ sind die grundlegenden Umbrüche thematisch angesprochen, die nachhaltige Politik notwendig machen. Wir sind davon überzeugt, dass Nachhaltigkeitspolitik die Chance bietet, diese Herausforderungen zu meistern. Das bedeutet zukunftsfähige Antworten für die zentralen Aufgaben Energieversorgung, Umwelt- und Klimaschutz, Ernährung, Friedenssicherung, Mobilität, dauerhafter Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit zu finden.

Niemand wird bestreiten, dass wir derzeit mit dem Umbau der sozialen Sicherungssysteme, der Haushaltskonsolidierung, der Bewältigung von wirtschaftlicher Flaute und Arbeitslosigkeit vor einem Berg von Anforderungen stehen. Es ist den Grünen in den Verhandlungen der Reformpakete zu verdanken, dass notwendige soziale Einschnitte abgemildert und zukunftsweisende Vorschläge wie z.B. die Bürgerversicherung entwickelt werden. Wir Grünen treten für eine Agenda 2010 ein, bei der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung zusammengehören. Die Agenda 2010 muss mit dem Kursbuch für dieses Jahrhundert, der Agenda 21, verbunden werden. Eine Reformperspektive, die sich allein an ökonomischen Zielen orientiert, wäre zu kurz gegriffen. Deshalb setzen wir unseren Weg der ökologischen Modernisierung fort.

Mit Beginn der 90er Jahre – in der Nachfolge des Brundtland-Berichts – wurde das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung weltweit bekannt. Lebendig wird das Konzept, sobald es auf konkrete Politikfelder angewandt wird. Das ist auch die Intention dieser Broschüre. „Nachhaltig Grün“ ist für uns zugleich Motto, Programm und Ausweg aus der Krise. Die Beispiele aus den einzelnen Arbeitsfeldern verdeutlichen die Entwicklung einer nachhaltigen Zukunft. Sie zeigen darüber hinaus, was wir Grünen in der Regierungsverantwortung auf den Weg gebracht haben.

Es gibt auch Anlass zur Selbstkritik: Zuweilen ist Nachhaltigkeit in der praktischen Politik nur undeutlich als Leitbild zu erkennen. Doch beim Klimaschutz und in der Energiepolitik, in der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik haben wir inzwischen deutliche Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit erzielt. Mit unseren europäischen Partnern haben wir uns in Johannesburg für klare Verpflichtungen und konkrete Aktionsprogramme eingesetzt. Bei der weltweiten Förderung der Erneuerbaren Energien ist uns ein echter Durchbruch gelungen. Der große Strategiewechsel zur nachhaltigen Entwicklung in allen Politikbereichen bleibt Daueraufgabe.

In der Tat ist Nachhaltigkeit als Entwicklungsalternative ein anspruchsvolles Gesamtkonzept: Es ist querschnittsorientiert, auf Langfristigkeit angelegt und erfasst komplexe Zusammenhänge. Hindernisse stehen reichlich im Weg: widerstreitende Interessen, Ressortborniertheit, Strukturkonservatismus, die Kurzatmigkeit von Politik im Rhythmus der Legislaturperioden, mangelnde Vernetzung einzelner Politikfelder.

Mit dem Transfer des Begriffs in andere Politikfelder geht auch manche Verkürzung einher. Wir dürfen die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit nicht aus den Augen verlieren. Die Annahme, dass Umweltpolitik nur in den fetten Jahren befördert und in mageren als erstes fallen gelassen werden kann, war schon immer falsch. Wesentlicher Kern einer nachhaltigen Entwicklung ist der behutsame Umgang mit und ein gerechter Zugang zu Ressourcen.

Mit dieser Broschüre wollen wir zeigen: Grüne Politik ist nachhaltige Politik. Ökologie ist Langfristökonomie. Nachhaltige Entwicklung bringt soziale Sicherung, Friedenspolitik und Verantwortung für die Eine Welt zusammen. In Verantwortung für die heute lebenden und die kommenden Generationen.

Deutschland wird nachhaltig

Die rot-grüne Strategie

Seit April 2002 hat Deutschland eine Nachhaltigkeitsstrategie. Damit ist die rot-grüne Bundesregierung dem Auftrag der „Agenda 21“ von Rio de Janeiro von 1992 nachgekommen. Alle zwei Jahre soll diese Strategie überprüft und fortentwickelt werden. Der erste Bericht liegt vor.

Die Grundregel der Nachhaltigkeitsstrategie lautet: **Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden.**

Das zeigt, in welche Richtung sich unser Land entwickeln soll und welche Weichenstellungen dafür notwendig sind: Weit über die ökologische Herausforderung hinaus dient Nachhaltigkeit als Handlungsanleitung für eine umfassende zukunftsfähige Politik, um der Generationen übergreifenden Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung gerecht zu werden.

Nachhaltigkeit ist eine gesellschaftliche Modernisierungsstrategie. In ihr steckt enormes Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Gerade die Industrieländer müssen mit einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung beweisen, dass damit auch eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Denn von einer in der Praxis erfolgreichen nationalen Strategie geht auch international eine große Anziehungskraft aus.

Es geht noch besser

Wir Bündnisgrünen haben uns von Anfang an für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie stark gemacht. Wir erkennen die Leistung der Bundesregierung an, mit dem ersten Fortschrittsbericht bereits innerhalb von zwei Jahren eine Evaluation und Fortentwicklung der Strategie vorzunehmen. Der Bericht wird den grundsätzlichen Ansprüchen weitgehend gerecht: Er nimmt eine erste Bilanz der Handlungsfelder vor und entwickelt darüber hinaus neue Themenschwerpunkte und Aufgaben.

Die von der Bundesregierung gesetzten neuen Schwerpunkte sind richtig. Die Auswahl der vier Themen

- Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft,
- neue Energieversorgungsstruktur unter Einbeziehung der Erneuerbaren Energien,
- alternative Kraftstoffe und Antriebstechnologien und
- Flächeninanspruchnahme

greifen wichtige gesellschaftliche Fragen der Zukunft auf. Ebenso begrüßenswert sind die Festlegungen für die Schwerpunkte ab 2006: „Biologische Vielfalt“ und „Nachhaltige Finanzpolitik“. Einige wichtige Handlungsfelder und Querschnittsaufgaben sollten jedoch zukünftig stärker berücksichtigt werden. Vordringlich sind dies die Komplexe: Lebensstile und Konsumverhalten, Infrastrukturanforderungen des demografischen Wandels, Prävention in der Gesundheitsversorgung.

Es gibt auch Lücken – sowohl in der Strategie als auch im Fortschrittsbericht. Die Analyse muss noch umfassender werden; künftig sollen alle Politikbereiche, insbesondere die großen Reformprojekte, kritisch vor dem Hintergrund des Leitbildes der Nachhaltigkeit durchleuchtet werden.

Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte in jedem Handlungsfeld systematisch und umfassend fortentwickelt werden. Dazu gehören kurz-, mittel- und langfristige Ziele, Indikatoren sowie konkrete Maßnahmen und Zeitpläne.

Künftig gilt es auch, die bestehenden Indikatoren weiterzuentwickeln und neue in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen, vor allem für die Entwicklungspfade Bildung, Gesundheit und globale Verantwortung. Der Indikator „Bruttoinlandsprodukt“ (BIP) kann nicht alleiniger Maßstab für die Messung des wirtschaftlichen Wohlstands bleiben. Für andere Bereiche wie zum Beispiel „Nachhaltiger Konsum“ müssen noch Indikatoren entwickelt werden.

Noch läuft der Nachhaltigkeitsdialog im Wesentlichen am Lebensalltag der Menschen vorbei. Wenn die Strategie aber nicht als lebloses Regierungsprogramm enden soll, muss nach zielgerichteteren Formen der Kommunikation gesucht werden. Auch in der Tagespolitik muss Nachhaltigkeit als Leitmotiv sichtbar werden, vor allem bei zentralen politischen Weichenstellungen.

Sechs grüne Vorschläge:

1. Bessere Kommunikation der Strategie in die Gesellschaft
2. Eigenes Schwerpunktthema zu Lebensstil und Konsum
3. Langfristiges Klimaschutzziel von minus 40 Prozent der Treibhausgas-Emissionen bis 2020
4. Neuer, ergänzender Indikator für nachhaltigen Wohlstand: Index for Sustainable Economic Welfare (ISEW)
5. Verknüpfung der nationalen und der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie
6. Stärkere Verknüpfung von Bund- und Länderstrategien z.B. im Bereich des Flächenverbrauchs

Zehn Mal nachhaltig

Energie – Auf dem Weg ins solare Zeitalter

von Michaele Hustedt MdB, energiepolitische Sprecherin

Unsere Ressourcen sind begrenzt

Fossile Energieträger wie Öl, Kohle, Gas, aber auch Uran, sind nur noch begrenzt verfügbar. In weniger als hundert Jahren werden sie verbraucht sein und damit künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen. Wie lange können wir diese kostbaren Ressourcen noch bezahlen? Diese Frage stellt sich nicht nur bei uns in den reichen Industriestaaten – die Bevölkerung in den armen Ländern ist mit dem Problem noch drastischer konfrontiert.

Die Verschwendung fossiler Energieressourcen hat seit Beginn der Industrialisierung zu einem gefährlichen Anstieg der Treibhausgaskonzentration geführt und damit den Klimawandel angeheizt. Die Tragfähigkeit des Klimasystems ist dramatisch überlastet. In den nächsten 50 bis 100 Jahren müssen wir mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Erdtemperatur rechnen – mit erheblichen Folgen: In vielen Regionen nehmen schon heute die Wetterextreme zu. Ob Dürre und Austrocknung von fruchtbaren Böden oder Stürme und Überflutungen – sie gefährden Mensch und Natur und richten Schäden in Milliardenhöhe an.

Nachhaltig mit den drei E's

Nachhaltige Energieversorgung respektiert die Belastungsgrenzen der Ökosysteme, sie entwickelt alternative Energieformen und setzt die begrenzten fossilen Ressourcen nur noch sparsam ein. Die grüne Energiepolitik schafft bereits Fakten. Mit den drei E's setzt sie dieses Leitbild in die Tat um: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien kennzeichnen die Energiewende in Deutschland.

Diese Politik reduziert klimaschädliche Emissionen von Treibhausgasen und die Abhängigkeit vom Öl. Stattdessen entwickelt sie schrittweise Alternativen mit den Erneuerbaren Energien. Wind, Sonne, Bioenergien, Wasserkraft und Erdwärme sind unbegrenzt verfügbar und schädigen nicht das Klimasystem. Wir schaffen mit ihrem Ausbau die Perspektive für den Übergang vom heutigen Energiemix zum „solaren Zeitalter“.

Wir wollen die vorhandenen Ressourcen sparsamer einsetzen. Zum einen durch effiziente Technologien der Energieerzeugung wie u.a. die Kraft-Wärme-Kopplung, die staatlich gefördert wird. Zum anderen durch Einsparungen beim Verbrauch von Energie. Hier haben wir zum Beispiel ein Programm zur Sanierung von Altbauten auf den Weg gebracht. Aber auch bei den Verbrauchern muss etwas passieren: Allein für die Stand-by-Schaltungen von Elektrogeräten laufen in Deutschland zwei Großkraftwerke rund um die Uhr.

Nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik schließt die soziale und ökonomische Dimension ein, indem sie Arbeitsplätze und Innovationsmöglichkeiten schafft. Wir haben große Chancen, als Pioniere vom Export unserer modernen Umwelttechnologien zu profitieren: Allein bei den Erneuerbaren Energien konnte die Zahl der Arbeitsplätze verdoppelt werden – hier arbeiten heute bereits mehr als 130.000 Menschen.

Gesundheit – Vorbeugen ist besser als Heilen

von Birgitt Bender MdB, gesundheitspolitische Sprecherin

Manche Erkrankung könnte man sich „sparen“

Unser Gesundheitswesen ruht auf drei Säulen: Akutmedizin, Rehabilitation und Pflege. Gehandelt wird nach dem Prinzip: Wenn eine Erkrankung auftritt, versucht man, sie zu heilen. Das ist notwendig und gut, aber es reicht nicht aus.

Viele Krankheiten könnten für die Patienten befriedigender und auch kostengünstiger behandelt bzw. ganz vermieden werden, wenn man die Vorbeugung (Primärprävention) konsequenter betriebe. Manche Erkrankung könnte man sich wohl im doppelten Sinne „sparen“. Zwar wird versucht, Krankheiten frühzeitig zu erkennen (Sekundärprävention) und sie auch möglichst gut zu bewältigen (Tertiärprävention). Doch man müsste schon früher ansetzen: Notwendig ist eine deutliche Akzentverschiebung, die darauf zielt, durch aktive Gesundheitsförderung Gesundheit zu erhalten und mit präventiven Maßnahmen die Entstehung von Krankheiten zu verhindern.

Nachhaltig Gesundheit fördern

Erste positive Ansätze hierzu finden sich in der Gesundheitsreform 2000. Primärprävention und betriebliche Gesundheitsförderung gab es zwar auch schon früher, sie wurden aber jetzt erst als Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung definiert. Und das bedeutet, die Kassen dürfen – ergänzend zu den staatlichen Aufwendungen – einen Teil der Versichertengelder für Präventionsprogramme ausgeben.

Doch wie muss eine nachhaltige Gesundheitsförderung und Prävention aussehen? Grüne Gesundheitspolitik will Verhaltens- und Verhältnisprävention verbinden. Prävention setzt auf einen aufgeklärten Menschen, der sein persönliches Verhalten auf seine Gesundheit einstellt.

Die Umweltbedingungen, unter denen wir leben, können wir uns nicht immer aussuchen. Aber ohne Zweifel wirken sie sich auf den Gesundheitszustand aus. Chemikalien, Emissionen und Lärm beeinträchtigen den Organismus. Deshalb ist Umweltschutz auch Gesundheitsschutz.

Wir müssen darüber hinaus auch das Gesundheitsrisiko Armut bekämpfen. Denn zwischen Armut und Krankheit gibt es eine enge Verbindung, die aufgebrochen werden muss. Dabei gilt es, an den konkreten Lebenswelten der Menschen anzusetzen. Wenn es zum Beispiel darum geht, gesundheitsfördernde Schulen aufzubauen oder Angebote in sozial benachteiligten Stadtteilen zu etablieren, sind die Kommunen und die ehrenamtlichen gemeinnützigen Einrichtungen Dreh- und Angelpunkt.

Wir müssen einen langen Atem beweisen, denn Gesundheitsförderung und Prävention wirken langfristig und verlängern die Zeit, in der Menschen gesund leben. Je zielgenauer diejenigen erreicht werden, die ein hohes Krankheitsrisiko tragen, desto eher sind Erfolge zu erwarten. Sie rechtfertigen den zusätzlichen finanziellen Aufwand für verstärkte Prävention. Dazu ist Qualitätssicherung – wie allgemein in der Gesundheitsversorgung – unverzichtbar.

Staatsfinanzen – Sparen und ökologisch gestalten

von Dr. Reinhard Loske MdB, politischer Koordinator für den Arbeitskreis Umweltpolitik

Fehlende Handlungsspielräume, falsche Anreize

Unser Steuer- und Finanzsystem ist für künftige Herausforderungen nicht ausreichend gerüstet. Hohe Staatsverschuldung und der große Anteil fest gebundener Mittel engen die Handlungsmöglichkeiten extrem stark ein. Zurzeit sind 70 Prozent der Ausgaben des Bundes für Alterssicherung, Arbeitslosigkeit und Zinszahlungen fest verplant. Diese strukturellen Schwächen sind nicht von heute auf morgen zu beseitigen. Vor allem die hohen Kreditverpflichtungen belasten künftige Generationen und schränken ihren Spielraum ein.

Ein weiteres gravierendes Problem sind die Fehlanreize, die unser Steuer- und Finanzsystem liefert. Bei den Ausgaben stimmt manche Gewichtung nicht: So fließt zum Beispiel immer noch zu viel Geld in die nicht zukunftsfähige Förderung des Klimakillers Steinkohle. Zu wenig wird dagegen in die Zukunft investiert: in Bildung, Forschung, Familie oder Zukunftstechnologien.

Trotz ökologischer Steuerreform ist die Belastung auf den Faktor Arbeit durch Sozialabgaben zu hoch. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird dadurch erschwert. Noch immer begünstigt das System der öffentlichen Finanzen die Verschwendung von Ressourcen und die Belastung der Umwelt. Die Entstehung von Arbeitsplätzen behindert es dagegen.

Mehr als Sparen

Nachhaltige Finanzpolitik schafft Handlungsspielräume für heute und für morgen, begünstigt umweltgerechtes Verhalten und die Entstehung von Arbeitsplätzen. Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen sind erforderlich, um dauerhafte Erfolge zu erzielen. Das Haushaltsdefizit müssen wir in den nächsten Jahren weiter konsequent abbauen. Das heißt Sparen, um neue Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Zugleich müssen wir bei Steuern, Abgaben und Subventionen weiter umstrukturieren – im Hinblick auf mehr Beschäftigung und eine positivere Ökobilanz. Den Weg in diese Richtung hat Rot-Grün früh eingeschlagen. Wir stehen dafür ein, dass er konsequent weitergegangen wird.

Der mühsame Kampf um beschäftigungsfreundlichere Steuern und Abgaben konzentriert sich – nach den Entlastungen bei der Einkommensteuer – vorwiegend auf die Senkung der Abgaben, die Arbeitsplätze belasten, also die Lohnnebenkosten. Die Baustellen sind zahlreich: Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktreformen haben unter anderem niedrigere Lohnnebenkosten zum Ziel. Einen Durchbruch wird es jedoch erst bei deutlich sinkender Arbeitslosigkeit geben.

Mit der Einführung der ökologischen Steuerreform und letztlich auch der Lkw-Maut sind uns erste wichtige Schritte zur Einbeziehung von Natur und Umwelt in unser Steuersystem gelungen. Künftig ist die ökologische Steuerreform zu einer umfassenden ökologischen Finanzreform auszubauen.

Um finanzielle Anreize für umweltfreundliches Produzieren und Konsumieren zu schaffen, muss das gesamte Steuer- und Abgabensystem nach ökologischen Kriterien reformiert werden. Wir wollen deshalb den Grundsatz der ökologischen Besteuerung konsequent umsetzen. Das deutsche Steuer- und Finanzsystem enthält immer noch eine Fülle ökologisch schädlicher Subventionen, vor allem in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Verkehr. Gelingt es uns sie abzubauen, leisten wir damit einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Verknüpfung von nachhaltiger Finanz- und Umweltpolitik. So gehen Klimaschutz und Umweltschonung mit mehr Steuergerechtigkeit und dem sorgsamem Einsatz öffentlicher Mittel einher.

Sozialsysteme – Zukunftsfähige Krankenversicherung

von Dr. Thea Dückert MdB, politische Koordinatorin für den Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen

Begrenzt gerecht

Unsere Sozialversicherungen wurden zu Bismarcks Zeiten als reine Arbeitnehmersicherungen konzipiert. Damals waren die Leistungen bescheiden und die Beiträge niedrig. Auch heute sind ArbeitnehmerInnen und ihre Familien bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert. Alle anderen Personengruppen wie Besserverdienende, Selbstständige, Beamte aber auch Abgeordnete können sich privat versichern. Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung werden nur auf Lohn Einkommen erhoben – andere Einkommensarten bleiben außen vor. Das ist weder gerecht, noch ist es volkswirtschaftlich sinnvoll. Wer Zins- oder Mieteinnahmen hat und deshalb nur halbtags sozialversicherungspflichtig arbeitet, bekommt seine Krankenversicherung von den Vollzeitbeschäftigten mitfinanziert. Wer gut verdient, jung und kinderlos ist, kann sich aus dem solidarischen System verabschieden und sich günstiger privat versichern. Die Folge: Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung steigen immer weiter und belasten die Arbeitsplätze mit arbeitsplatzschädlichen Lohnnebenkosten. So weiterzumachen wäre das glatte Gegenteil von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Die solidarische Gesundheitsversorgung würde durch immer weiter steigende Beiträge oder immer geringere Leistungen zerstört.

Eine Bürgerversicherung für alle

Viel sinnvoller ist es, alle Bürgerinnen und Bürger und alle Arten von Einkommen in die Finanzierung des Gesundheitssystems einzubeziehen. So lassen sich die Beiträge auf Lohn Einkommen in Grenzen halten. Wir Grünen wollen das solidarische System entsprechend erweitern und dadurch erhalten. Das ist die Idee der Bürgerversicherung. Wenn sich alle an den Kosten beteiligen, können auch weiterhin alle die

Leistungen in Anspruch nehmen. Eine Bürgerversicherung ist nachhaltig, weil sie die Stabilität unseres Gesundheitssystems in der Zukunft garantiert.

Auch für die Qualität der Gesundheitsversorgung bringt die Bürgerversicherung Vorteile. Einheitliche Bedingungen werden dem Qualitätswettbewerb zwischen den Krankenversicherungen Auftrieb geben. Dabei werden auch präventive Maßnahmen in den Vordergrund rücken. Vom Wettbewerb um die beste Gesundheitsversorgung können die Bürger nachhaltig profitieren. Wir sind uns mit unserem sozialdemokratischen Koalitionspartner einig darüber, die Bürgerversicherung in der kommenden Legislaturperiode einzuführen.

Mobilität – Umsteigen in die Nachhaltigkeit

von Albert Schmidt MdB, verkehrspolitischer Sprecher

Grenzenlose Automobilität?

Unsere Mobilität hängt am Öl. Das wird immer knapper und hat uns in gefährliche Abhängigkeit von Krisenregionen gebracht. Der massenhafte Autoverkehr in Deutschland ist außerdem verantwortlich für eine erhebliche Belastung der Atmosphäre mit CO₂. Unser heutiges Verkehrssystem ist daher global nicht übertragbar. Die Motorisierung Chinas und anderer Schwellenländer mit der Motorentechnik, wie sie in Deutschland und Europa verbreitet ist, würde unweigerlich zum Klimakollaps führen.

Mittlerweile konnte durch technischen Fortschritt der Benzinverbrauch und der Ausstoß von Schadstoffen gesenkt werden. So geht bei uns die Belastung der Atmosphäre mit CO₂ seit der Einführung der Ökosteuern stetig zurück. Trotzdem bleibt der Autoverkehr einer der größten Verursacher von klimaschädlichen Emissionen. Er ist verantwortlich für enormen Landschaftsverbrauch und für allgegenwärtigen Lärm. Nicht zuletzt fordert er viele Verkehrstote und Verletzte, 6.613 Todesopfer waren es 2003.

Zukunftsfähige Mobilität für alle

Wir alle wollen mobil sein, oft müssen wir es auch. Wie können wir also Mobilität nachhaltig gestalten? Ohne gesellschaftliche und technische Innovationen geht es nicht. Nachhaltige Mobilität erfordert die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und den Einsatz von Treibstoffen aus regenerativen Energien.

Die wichtigste gesellschaftliche Innovation ist das Umsteigen vom eigenen Auto auf öffentliche Verkehrsmittel. Vor allem der öffentliche Nahverkehr wächst in den letzten Jahren kräftig, auch dank milliardenschwerer Investitionen in die Schiene. Bus und Bahn müssen aber zunehmend zu einem integrierten Gesamtsystem vernetzt werden, das einen reibungslosen Tür-zu-Tür-Verkehr ermöglicht. Dazu gehören auch Angebote wie Car-Sharing, Radstationen am Bahnhof und flexible Anrufbusse oder Sammeltaxis. Ein solches Angebot aus einer Hand und mit einem benutzerfreundlichen Abrechnungssystem hat gerade in den Ballungsräumen große Chancen, neue Kundinnen und Kunden zu gewinnen – und könnte zum Modell für Städte in aller Welt werden.

Alternative Antriebe, weitgehend CO₂-neutrale Kraftstoffe und deren effizienter Einsatz sind die technischen Herausforderungen der Zukunft. In ihrer Erforschung und innovativen Anwendung liegt ein Schlüssel zur nachhaltigen Mobilität. Sie werden gebraucht, um Autos, Züge und Flugzeuge auf das postfossile Zeitalter, die Zeit nach dem Versiegen der Ölquellen, umzustellen.

Hybridantriebe, die die Energie aus zwei sich ergänzenden Motoren effizient nutzen, und Brennstoffzellen revolutionieren die Fortbewegung. Unausgeschöpfte Potenziale gibt es auch bei den biogenen Kraftstoffen wie Biodiesel, Bioethanol, „Sunfuel“ oder Biogas. Sie können künftig Arbeit und Einkommen für Europas Landwirte sichern helfen – ein Beitrag zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit.

Landwirtschaft – Klasse statt Masse, Vielfalt statt Einfalt

von Cornelia Behm MdB, Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Teure industrielle Landwirtschaft

Seit Beginn der Industrialisierung erleben wir eine zunehmende Industrialisierung auch in der Landwirtschaft. Der Einsatz von Technik und der Umbau der Landschaft prägen die moderne Landwirtschaft. Massentierhaltung nimmt keine Rücksicht auf artgerechte Lebensbedingungen; erst der BSE-Schock brachte viele zum Nachdenken. Der Preis für die Arbeitserleichterung und die gesteigerten Erträge ist hoch: Grünland wurde zu Ackerland umgebrochen und Boden wie Landschaft möglichst intensiv genutzt. Die Böden wurden vereinheitlicht, also Flächen mit ganz verschiedenen Standortqualitäten durch nährstoffreiche Böden ersetzt. Dadurch sank die Artenvielfalt, die Landschaft wurde monotoner. Die Züchtung optimierter, aber dafür weniger ausgesuchter Sorten sollte ebenfalls für höhere Erträge sorgen. Auch hier war der Preis: Einfalt statt Vielfalt. Und auch der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln tat Pflanzen wie Tieren nicht gut.

Grüne Agrarwende

Nachhaltig haben wir gegen diese Entwicklung mit der grünen Agrarwende gesteuert. Und sie nimmt bereits Gestalt an – mit dem nötigen Rückenwind aus der Politik. Sie bringt keineswegs ein Zurück zur traditionellen Landwirtschaft.

Nachhaltige Landwirtschaftspolitik setzt auf Vielfalt. Damit wirkt sie der Homogenisierung der Landschaft entgegen. Gewässer und Ackerrandstreifen, Hecken und mehr Grünland sichern Lebensräume für Flora und Fauna. Durch Vertragsnaturschutz und Kulturlandschaftspflege werden vielfältige Standorte – trockene wie nasse, saure wie kalkhaltige und auch nährstoffarme Böden – erhalten und damit Lebensräume für eine Vielzahl von Arten.

Auch bei Nutztieren und -pflanzen setzen wir auf mehr Arten- und Sortenvielfalt. Mehr extensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzflächen, weniger Einsatz von Agrochemie und ein deutlicher Ausbau des Öko-Landbaus gehören dazu. Auch die konventionelle Landwirtschaft kann naturgerechter wirtschaften und auf Antibiotika verzichten, Futtermittel ohne Tiermehl und ohne Gentechnik verfüttern sowie artgerecht Tiere halten.

Die EU-Agrarreform, die wir entscheidend vorangetrieben haben, ist ein Schritt in die richtige Richtung. So sichert der Ausbau der Agrarumweltmaßnahmen mehr Standort- und somit mehr Artenvielfalt. Die EU-Direktzahlungen an die Landwirte werden ab 2005 erstmalig an die Einhaltung ökologischer Mindestanforderungen gebunden. Nur wer diese Kriterien erfüllt und z.B. die Böden in einem „guten landwirtschaftlichen Zustand“ erhält, kann mit den Flächenprämien rechnen.

Forschung und Innovationen – Zukunft per se

von Hans-Josef Fell MdB, forschungs- und technologiepolitischer Sprecher

Projekte von gestern

Die bisherige Forschungs- und Innovationsförderung der öffentlichen Hand, von Bund und Ländern, orientiert sich noch zu sehr an gestrigen Technologien. Vor allem auf EU- und Länderebene fließt zu viel Geld in Forschungsprojekte, die wesentlichen Nachhaltigkeitskriterien widersprechen. Solange die großen Finanzströme der Welt noch vorrangig in atomare und fossile Energien, in giftige Chemie, in intensive Landwirtschaft, in gentechnisch veränderte Pflanzen sowie Unternehmungen zum Abbau sozialer Standards fließen, wird Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft nicht wirklich Fuß fassen können.

Forschung für morgen

Forschung und Innovationen müssen in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung gestellt werden. Eine gezielte Förderung bringt neue Erkenntnisse über nachhaltige Technologien, Produktionsmethoden, Dienstleistungen und gesellschaftliche Verhaltensweisen. Unter Rot-Grün wurden neue Forschungsprogramme im Sinne der Nachhaltigkeit aufgelegt, darunter das Nachhaltigkeitsforschungsprogramm der

Bundesregierung oder der Vernetzungsfonds für Erneuerbare Energien. Die Forschung für ökologischen Landbau wurde verstärkt. Künftig wollen wir alle Forschungsprogramme von Bund und Ländern einem „Nachhaltigkeitscheck“ unterziehen. Forschungsförderung sollte – außer in der Grundlagenforschung – auf Projekte konzentriert werden, die den drei Dimensionen von Nachhaltigkeit, nämlich Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit, gleichermaßen gerecht werden. Großer Nachholbedarf besteht bei der Erforschung naturgemäßer Anbaumethoden in der Landwirtschaft, vernachlässigter Krankheiten in Entwicklungsländern und einer Energie- und Chemiewirtschaft ohne Erdöl. Themen der Zukunft liegen auch in der Untersuchung nachhaltiger individueller Verkehrsmodelle oder in der sozialwissenschaftlichen Forschung über nachhaltige Lebensstile und nachhaltiges Konsumverhalten.

Verbraucher – „Shopping for a better world“

von Ulrike Höfken MdB, verbraucher- und agrarpolitische Sprecherin

Welchen Konsum leisten wir uns?

Der Kunde ist König. Einmal kauft er kurzlebige Wegwerfprodukte nur nach dem Preis – wenn es ums Prestige geht, lässt er sich nicht lumpen. Bei der Ernährung wird in Deutschland vergleichsweise am meisten gespart.

Auch wenn es uns nicht immer bewusst ist: Unsere Kaufentscheidungen haben eine große Reichweite. Qualitativ schlechte Billigprodukte bringen nicht nur den Konsumenten wenig Nutzen. Oft werden sie in Entwicklungsländern unter unzumutbaren Bedingungen produziert. Häufig geht ihre Herstellung mit erheblichen Belastungen der Umwelt einher. Kommt ruinöser Preiswettbewerb hinzu, werden Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zusätzlich belastet.

Auch die massive Subventionierung in Europa und Nordamerika geht zu Lasten der Menschen in den Entwicklungsländern. Unsere Konsumgewohnheiten und unser Lebensstil haben also Einfluss auf die weltweiten Lebensbedingungen. Über Nachhaltigkeit entscheidet auch, wer konsumiert.

Transparenz und Verantwortung

Qualität ist ihren Preis wert. Wer z.B. Bio-Produkte kauft, zahlt mehr und hat auch mehr davon. Mehr Genuss und mehr Sicherheit, dass nichts drin ist, was nicht hinein gehört. Ökologisch erzeugte Lebensmittel bieten die bessere Konsumalternative. Denn das Ziel ist nicht nur zukunftsfähig einzukaufen, sondern auch umweltfreundlich zu produzieren und fair anzubieten – fair für Verbraucher und Erzeuger. Die grüne Agrarwende fördert die ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Landbewirtschaftung und artgerechte Tierhaltung. Mittelfristig sollen 20 Prozent der Lebensmittel ökologisch erzeugt sein. Eine Kampagne soll die Verbraucher über gesunde Ernährung informieren. Das vor drei Jahren eingeführte Biosiegel bürgt für Qualität. Mehr als 19.000 Supermärkte haben das Biosiegel mittlerweile bundesweit im Sortiment.

Qualität lässt sich nicht immer mit dem Auge beurteilen. Deshalb muss der Herstellungsprozess eines Produktes für den Verbraucher rückverfolgbar und transparent sein. Denn Prozessqualität ist die Grundlage der Produktqualität. Es gilt, vor allem regionale, saisonale und ökologische Produkte zu konsumieren. Sie müssen für den Kunden erkennbar sein. Besonders problematisch ist der Einzug der Gentechnik in die Landwirtschaft. Verbraucher und Erzeuger müssen hier die Wahlfreiheit haben. Seit April 2004 machen schärfere Kennzeichnungsregeln gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel eindeutig kenntlich. Unser Ziel bleibt der Schutz der gentechnikfreien Produktion.

Beim Handel von Waren muss es fair zugehen. Wenn wir beim Einkauf immer wüssten, unter welchen sozialen, ethischen und ökologischen Bedingungen ein Produkt entstanden ist, dann würden wir wohl manches Mal anders entscheiden. Wir Grünen setzen uns dafür ein, in der Weltwirtschaftsordnung und im internationalen Warenaustausch soziale und ökologische Kriterien stärker einzubeziehen – und diese Produktkriterien erkennbar zu machen. Zum nachhaltigen Wirtschaften gehört nicht zuletzt eine verantwortungsvolle Unternehmensführung in den Produktionsstätten dieser Welt.

Die Verbraucher haben eine Schlüsselstellung für die nachhaltige Entwicklung. Wir alle können dazu beitragen und den Einkaufswagen mit Produkten aus dem nachhaltigen Warenkorb füllen. Wir brauchen diese Nachfrage und den Wettbewerb als Anreiz für ökonomisch und ökologisch sinnvolle Konsumalternativen – eben für den Lebensstil der Zukunft.

Kinder – Sie sind unsere Zukunft

von Ekin Deligöz MdB, familien- und kinderpolitische Sprecherin

Schlechte Aussichten

Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Eine der Ursachen dafür können wir ändern. Denn viele Frauen bleiben kinderlos, weil sie sich zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Trotz zunehmender Finanztransfers an Familien in den vergangenen Jahren sind die Betreuungsangebote immer noch unzureichend. Die Entscheidung für Kinder erleichtert das nicht – im Gegenteil.

Auch an den Leistungen der Kinder selbst lässt sich die mangelhafte Infrastruktur ablesen. Nur in wenigen vergleichbaren Ländern hängen Bildungsleistungen und soziale Herkunft von Kindern so eng zusammen wie in Deutschland. Ohne ein hochwertiges Angebot für Förderung und Betreuung haben unsere Kinder keine optimalen und gerechten Startchancen.

Die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft hat bekanntlich negative Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme. Wenn wir darauf nicht reagieren, schränken wir die Zukunftsperspektiven unserer Kinder und Enkel drastisch ein. Es wird uns kaum gelingen, den Alterungsprozess der Gesellschaft vollständig aufzuhalten und die Alterspyramide vom Kopf auf die Füße zu stellen. Doch wir können und müssen unser Land kinderfreundlicher machen.

Nachhaltige Politik für Kinder

Wir haben deshalb begonnen, das Verhältnis zwischen den Generationen angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen neu zu justieren. Grüne Familienpolitik setzt vordringlich auf eine umfassende Infrastruktur für Kinder und Familien. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung von Kinderarmut. Den jetzt beschlossenen Kinderzuschlag für Geringverdiener werden wir im Sinne unserer grünen Kindergrundsicherung ausbauen.

Die frühkindliche Förderung legt den Grundstein für den individuellen Lebensweg der Kinder. Sie ist deswegen von besonderer Bedeutung. Mit klugen, kreativen und selbstständigen Kindern wächst auch das Wissenspotenzial der Gesellschaft. Ein optimales Angebot an Kindertagesbetreuung schafft für viele Eltern erst die Voraussetzung, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Die notwendigen Gelder dafür hat der Bund den Kommunen zur Verfügung gestellt. Mittelfristig wollen wir Eltern durch ein zeitlich gestrafftes, dafür aber einkommensorientiertes Erziehungsgeld samt einer Väterkomponente unterstützen. Zu unserem Bild von Geschlechtergerechtigkeit gehört, dass Frauen wie Männern gleichermaßen die Möglichkeit eröffnet wird, sich um Kinder zu kümmern.

Kinder und Jugendliche haben eigenständige Rechte, die es zu wahren gilt. Hierzu zählen unter anderem eine gesunde Umwelt und Ernährung, das Recht auf Partizipation, der Schutz vor Gewalt und Ausbeutung. Grüne Familienpolitik orientiert sich in diesem umfassenden Sinn am Kindeswohl und den Belangen junger Menschen.

Partizipation – Politik braucht Beteiligung

von Dr. Ludger Volmer MdB, außenpolitischer Sprecher

Zu wenig Legitimität

Wie tragfähig sind politische Entscheidungen, wenn die Betroffenen sie nicht unterstützen?

Die „Agenda 21“ kritisiert die oft mangelnde Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Befund gilt weltweit. Ohne Unterstützung und Beteiligung der Betroffenen fehlt es Veränderungsprozessen an Legitimität. Das beeinträchtigt die Umsetzung von Entscheidungen und erschwert die politische Steuerung. Gefordert sind demnach neue Politikmodelle, die nicht nur die Ziele, sondern auch die Formen politischen Handelns einbeziehen.

Lokal handeln – global denken

Eine Politik der Nachhaltigkeit setzt auf die umfassende Beteiligung von Betroffenen an politischen Entscheidungen auf allen Ebenen. Hierzu zählen beispielsweise die Nichtregierungsorganisationen wie am-

nesty international und Greenpeace, aber auch Gewerkschaften und Unternehmensverbände. Ebenso ist damit die Einbindung lokaler Gruppen in Entscheidungsprozesse vor Ort gemeint. Im Gefolge der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung sind zahlreiche „Lokale Agenda 21-Prozesse“ entstanden. Sie befassen sich mit konkreten politischen Herausforderungen, von der kommunalen Müllbeseitigung bis zu modernen Verkehrskonzepten.

Der Maßstab dieses Engagements, ob auf internationaler oder lokaler Ebene, muss sein, mehr globale Gerechtigkeit in einem nachhaltigen Sinne herzustellen (act local, think global). Das betrifft Ökonomie ebenso wie Ökologie, Sicherheit ebenso wie Wohlfahrt. Grünes Engagement zeichnet sich dadurch aus, dass nicht nur die politischen Ziele, sondern auch der Weg, sie zu erreichen, zukunftsfähig sind. Wir werden daher in Deutschland für eine umfassende Umsetzung der Arhus-Konvention sorgen, die eine Einbindung und Information der Bürger in Umweltbelangen vorsieht.

Nachhaltig in Europa

Gastbeitrag von Nika Greger (Deutscher Naturschutzrat) und Tile von Damm (Perspektiven Globaler Politik)

In den kommenden Monaten werden gleich zwei der grundlegenden europäischen Handlungsstrategien überprüft. Sie haben nicht nur wesentliche Rückwirkung auf Deutschland, sondern stellen die Weichen für die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Union: die europäische Nachhaltigkeitsstrategie und die Lissabon-Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung der EU.

Von der im März 2001 beschlossenen europäischen Nachhaltigkeitsstrategie sind bislang einige positive Impulse und Fortschritte ausgegangen, so in den Bereichen Klimaschutz und Landwirtschaft. Jedoch fehlt ihr ein beständiger Ansatz sowie eine Bewertung der gesetzten Ziele auf allen Ebenen.

Zudem wird die europäische Politik maßgeblich von der im Frühjahr 2000 beschlossenen Lissabon-Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung dominiert.

Mit ihrer Hilfe soll Europa bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden. Erst im Juni 2001 beim Rat in Göteborg wurde nachträglich eine ökologische Komponente hinzugefügt, de facto jedoch rein ökonomischen Zielen untergeordnet.

Mit der anstehenden Überprüfung der beiden Strategien ergeben sich Chancen, das Leitbild der Nachhaltigkeit auf europäischer Ebene dauerhaft zu stärken und die einseitige Ausrichtung auf Wettbewerb zu korrigieren. Wir sollten sie nicht ungenutzt verstreichen lassen und deutlich machen, dass eine nachhaltige Ökonomie nur ökologisch möglich ist.

Eine ernsthafte und verbindliche Ausrichtung auf Nachhaltigkeit eröffnet Chancen zu einer dauerhaften Stärkung der ökologischen und sozialen Komponenten und damit letztlich auch der ökonomischen Entwicklung in Europa.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T. 030 / 227 56789
F. 030 / 227 56552

eMail: info@gruene-fraktion.de

Zum Weiterlesen:

Faltblätter:

- die |ich : wir|- Reform Thema Gesundheit (Faltblatt 15|04)
- Energiewende: Wir machen weiter (Faltblatt 15|16)
- Gen-Food (Faltblatt 15|32)
- Unser Land – Zuwanderung mit Weitsicht (Faltblatt 15|45)
- Nachwachsende Rohstoffe – Ölquelle von morgen (Faltblatt 15|54)

Broschüren:

- Über's Gatter hinaus – Agrarwende tut gut (Broschüre 15|2)
- Haltbare Politik – Fokus Ostdeutschland (Broschüre 15|40)
- Lernen heißt leben. Unsere Bildungspolitik (Broschüre 15|48)
- Den Sprung geschafft – Reformen 2002-2004 (Broschüre 15|51)
- Grüne Arbeitsmarktreformen – passgenau (Broschüre 15|53)
- Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz (Reader 15|18)

Bundestagsdrucksachen:

- 15/2149 Gesetzentwurf Nachhaltige Rente
- 15/2758 Aktionsplan Bildung
- 15/2441 Beirat für nachhaltige Entwicklung
- 15/2580 Ausbau von Förderungsangeboten für Kinder

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
11011 Berlin

T. 030 / 227 56789
F. 030 / 227 56552